

Eine demokratische Uni für den Frieden

Liebe Studierende und Interessierte,

das Studienheft 7 mit dem Titel „Wege und Irrwege in die Wissensgesellschaft“ von BdWi, fzs, GEW, NatWiss und ÖH ist gerade herausgekommen.

Die Themen dieser Ausgabe haben sehr konkret mit dem KIT zu tun: Exzellenzinitiative, Finanzautonomie der Hochschulen, Militarisierung und Zivilklausel, Wissenschaftsfreiheit, Forschungs- und Technologiepolitik der EU, Nanotechnologie, etc.

Auf den nachfolgenden Seiten findet ihr den Beitrag „Universitäten zivilisieren statt militarisieren“ im Wortlaut. Der Artikel informiert über bundesweite Aktivitäten und Ansätze gegen die Militarisierung der Hochschulen in Forschung und Lehre. Er berichtet auch über die Urabstimmung im Januar 2009 in der Uni Karlsruhe (heute „KIT Campus Süd“), bei der die Studierenden für eine Zivilklausel votiert haben. Die Karlsruher Initiative gegen die Militarisierung der Universitäten hat inzwischen zu einer bundesweiten Bewegung geführt. Die Unis Tübingen und Konstanz haben eine Zivilklausel. Die Studierenden der Uni Köln haben sich im Dezember 2010 in einem überzeugenden Votum für eine Zivilklausel ausgesprochen. An mittlerweile zwanzig Universitäten gibt es ähnliche Initiativen.

Das Thema ist am KIT nach wie vor aktuell. Seit zwei Jahren versuchen Studierenden- und Beschäftigten-VertreterInnen die Zivilklausel („Forschung und Lehre nur für friedliche Zwecke.“) gemäß Votum in der Grundsatzung des KIT zu verankern, was von Beginn an auf entschiedene Ablehnung der Landesregierung und der Uni-Leitung gestoßen ist. Es sieht ganz danach aus, dass die Grundsatzung noch vor der Landtagswahl ohne Zivilklausel und ohne viele andere berechnete demokratische Regelungen durchgepackt werden soll. Dieses Kalkül könnte ebenso wenig aufgehen wie das für „Stuttgart 21“.

Die GEW Baden-Württemberg und GEW-Studis an der Uni Karlsruhe haben sich von Beginn an aktiv für die Zivilklausel engagiert. Und das werden sie auch in der Zukunft tun!

Eure GEW

V.i.S.d.P.: Matteo Foschi, GEW Nordbaden, Ettlingerstraße 3a, 76137 Karlsruhe 8.2.2011



Vorwort der Redaktion 4
zur Bedeutung der Forschungs- und Technologiepolitik.

Strukturveränderungen in Forschung und Hochschule

Alte Sieger auf neuen Treppchen 6
Sahra Damus schildert neue Phase der Exzellenzinitiative.

Wissenschaftskarrieren im Umbruch 9
Andreas Keller und Klemens Himpele benennen Strukturdefizite und Alternativen.

Evaluationen in der Wissenschaft 12
Dagmar Simon skizziert deren künftige Entwicklung.

Die Masse macht's – Wissenschaftliche Karriere durch Quantität: Melken, stückeln, frei erfinden . . . 15
Armin Himmelrath zeigt, wie Karrieren durch die bloße Zahl von Veröffentlichungen befördert werden.

Open Access – im Interesse aller: Produzenten, Nutzer und der publizierenden Informationswirtschaft . . . 18
Rainer Kuhlmann sieht hierin einen Beitrag zur Demokratisierung des Wissens.

Forschendes Lernen 21
Sven Lehmann und Kirsten Heike Pistel aktualisieren dieses Konzept.

FuT-politische Weichenstellungen

Wissen für den Standort 24
Oliver Prausmüller und Leonard Dobusch analysieren die Forschungs- und Technologiepolitik der EU.

Von der Hightech-Strategie zur sozialen Innovation 27
Petra Sitte und Tobias Schulze erörtern Alternativen zur gegenwärtigen Forschungs- und Innovationspolitik.

Das grundlegende Dilemma des Green New Deal . . 31
Frieder Otto Wolf erläutert seine Ambivalenzen.

Universitäten zivilisieren statt militarisieren 33
Dietrich Schulze schildert den Stand an den Hochschulen.

Wissenschaftsfreiheit 36
Johanna Maiwald beleuchtet das gesellschaftliche Spannungsverhältnis.

Neue Forschungsfelder und strategische Innovationen

Plan B oder Anfang vom Ende 40
Richard Müller untersucht die Rolle von Geoengineering.

Das politische Projekt Nanotechnologie 43
Joscha Wüllweber hält diese weniger für eine Technologie sondern eher für ein technologie-politisches Projekt.

Forschung mit Stammzellen 46
René Rösper und Falko Brede nehmen hierzu Stellung.

Von der Vision einer wissensbasierten Bio-Ökonomie zur »Individualisierten Medizin« . . 49
Vanessa Lux geht den biotechnologischen Umbrüchen und gesundheitspolitischen Kurswechseln auf den Grund.

Zum Versagen der Mainstream-Ökonomie 52
Heinz-J. Bontrup untersucht die Ursachen der Finanzkrise und die Beibehaltung des neoliberalen Kurses.

Langfristige Grundsatzfragen

Ökologische und weibliche (Re)Produktivität 55
Sabine Hofmeister und Adelheid Biesecker weisen auf den »blinden Fleck« in Nachhaltigkeitswissenschaften hin.

Medizinische Forschung als Gemeingut 58
Oliver Moldenhauer benennt die Voraussetzung für Gesundheitsversorgung in ärmeren Ländern.

Die zweite Kristallschale 61
Wolfgang Neef kritisiert das Wachstum in der Umweltkrise.

Produkte und Technik in einer Postwachstumsökonomie 65
Nico Paech entwickelt Ideen für nachhaltige Entwicklungs-, Produktions- und Nutzungsstrategien.

Universitäten zivilisieren statt militarisieren

Eine bundesweite Bewegung ist dabei, der fortschreitenden Militarisierung der Hochschulen in Forschung, Lehre und Studium den Kampf anzusagen. Dietrich Schulze berichtet über Aktivitäten und Ansätze.

Die Informationsstelle Militarisierung e. V. Tübingen listet sechzig zivile Hochschulen auf, an denen Kriegsforschung als sogenannte »wehrtechnische« und »wehrmedizinische« Forschung betrieben wird. Allein im Jahr 2008 gab die Bundesregierung dafür 1,1 Milliarden Euro aus, überwiegend durch das Bundesverteidigungsministerium finanzierte Aufträge und Drittmittel. Auch die Sozialwissenschaften forschen kräftig mit. Einige Beispiele:

- Zwischen der Universität Kassel einerseits und den Kasseler Rüstungsschmieden Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall Defence andererseits gibt es eine traditionell engmaschige Forschungskoperation. Letzterer wurde 2009 die europäische Projektführerschaft für das Rüstungsprojekt zu unbemannten »kognitiven« Kampfmaschinen (UGVs, »Killer-Roboter«) übertragen. Erklärtes Ziel ist es, die Verluste unter den eigenen Soldaten zu minimieren und so Widerstände gegen den Krieg zu schwächen.
- Die Universität Freiburg wirbt für die Waffenfirma LITEF und lässt sich von ihr sponsern. Die zu Northrop Grumman gehörende Firma rüstet das Aufklärungsflugzeug Tornado ECR mit Drehkreiseln und Infrarotkameras aus. Die Tornados wurden 2008 in Heiligendamm eingesetzt.
- An der Universität Stuttgart wird zivilmilitärische Forschung, u. a. für den Eurocopter, zum Hyperschallflug und über Navigationssysteme in Gebäuden betrieben. Die Verflechtung der Universität mit Rüstungsunternehmen wird mit dem sogenannten »Steinbeis-Tag« öffentlich zelebriert.
- Unter Federführung der TU München wurde das zivil-militärische Exzellenzcluster CoTeSys (Cognition for Techni-

cal Systems) gebildet. Dazu hat das Rüstungsunternehmen EADS Stiftungsprofessuren eingerichtet. Mit CoTeSys werden die Forschungskompetenzen in Ingenieurwesen, Naturwissenschaften, Psychologie, Neurowissenschaften und Informatik gebündelt. Dies geschieht in Kooperation mit der Universität München, der Universität der Bundeswehr, dem Institut für Robotik und Mechatronik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und dem Max-Planck-Institut für Neurobiologie.

- An der FU Berlin gibt es den Sonderforschungsbereich 700, in dem Bedingungen für »Herrschaft, Sicherheit und Wohlfahrt in Räumen begrenzter Staatlichkeit« erforscht werden, zum Beispiel für Afghanistan.¹ An der Universität Potsdam wurde 2007 ein kompletter Masterstudiengang *Military Studies* eingerichtet. Der Kommentar der *taz* am 11.10.2007: »Diplom-Feldherr in vier Semestern«.
- An der Ossietzky-Universität Oldenburg gibt es am Sozialwissenschaftlichen Institut eine *Arbeitsstelle Interventionskultur*, in der »die sozialen Auswirkungen von militärisch gestützten humanitären Interventionen« untersucht werden. Im Widerspruch zur existierenden Zivilklausel wird daran geforscht, wie Krieg und Besatzung effektiver gestaltet werden können.
- In der Universität Bremen wird gegen den Protest des AStA seit Jahren mit Forschung für zivilmilitärische Zwecke gegen die existierende Zivilklausel (Senatsbeschlüsse 1986 und 1992) verstoßen. Statt die Forderung nach Einhaltung der Zivilklausel zu bekräftigen, beteiligt sich neuerdings der Vertreter eines Friedensforschungsinstituts an deren Relativierung, indem er empfiehlt, die Entschei-

dung über die Ablehnung von zweifelhaften Drittmitteln dem eigenverantwortlichen Forscher zu überlassen.²

- Im *Celler Appell*³ hatten Commerzbank und Bundesverteidigungsministerium bereits 2008 erklärt, sie wollten »aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.«
- Der Militarisierung der Hochschulen ist erst kürzlich von der Bundesregierung eine völlig neue Dimension hinzugefügt worden. Erstmals wurden Teile der Regierungsauskunft über eine Bundestagsanfrage zur Hochschulforschung unter Geheimschutz gestellt.⁴ Die Tabelle über die Verteilung der Drittmittelaufträge nach Zweck und Umfang für die staatlich geförderte militärrelevante Sicherheitsforschung wurde vom Bundesministerium der Verteidigung als »VS – Nur für den Dienstgebrauch« eingestuft. Damit soll offensichtlich die Indienstnahme der Lehrenden, Studierenden und Beschäftigten für Rüstung und Krieg der öffentlichen Kritik entzogen werden.

Neben vereinzelten direkten Aktionen gegen Militärforschungsprojekte, gegen Seminare mit militärischem Hintergrund, gegen eine Steuerung im Interesse der Rüstungsindustrie über Hochschulräte, personelle Verflechtungen mit privaten und staatlichen Rüstungslabors, Bondingmessen mit Rüstungsfirmen etc. und gegen den Missbrauch des zivil finanzierten Sicherheitsforschungsprogramms für Rüstungszwecke (»dual use«) spielt in letzter Zeit die Besinnung auf den ursprünglichen Friedensauftrag der Hochschulen eine zunehmende Rolle.

Der Kampf um Zivilklauseln ...

Der Verfassungsrechtler Erhard Denninger⁵ spricht in seinem Gutachten zur Zulässigkeit einer *Zivilklausel* (Forschung und Lehre nur für friedliche / zivile Zwecke)

von der Friedensfinalität des Grundgesetzes. Er widerlegt darin die von Ministerien und konservativ-neoliberalen PolitikerInnen behauptete angeblich verfassungsrechtlich geschützte Freiheit für Militärforschung und verweist auf den Gestaltungsauftrag der Hochschulen, der dem Frieden gewidmet ist.

Für einige wenige Universitäten existiert ein solcher Auftrag gemäß Grundordnung bzw. Senatsbeschluss. In Niedersachsen gab es eine Zivilklausel im Landeshochschulgesetz, deren Wiederherstellung inzwischen gefordert wird. Anfang der 1990er Jahre kam es zu Initiativen für eine Selbstbindung der Universitäten für ausschließlich friedliche Zwecke. Für alle Kernforschungseinrichtungen gilt ein völkerrechtliches Militärforschungsverbot seit ihrer Gründung in den 1950er Jahren. Die entsprechende Zivilklausel gemäß Viermächtestatus für Einrichtungen wie die TU Berlin wurde durch Senatsbeschluss fortgeführt. Das Forschungszentrum Karlsruhe, das als früheres Kernforschungszentrum eine solche Zivilklausel per Satzung für die gesamte Forschung besitzt, ist 2009 mit der Universität (TH) Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) zusammengeschlossen worden. Die Universität hatte keine solche Bindung. Seit Beginn der Fusionspläne 2007 haben Forderungen nach Übertragung der Zivilklausel auf das gesamte KIT zu einer intensiven, im Ergebnis noch offenen Auseinandersetzung geführt, mit bemerkenswerten Teilerfolgen und interessanten Folgewirkungen. So wurde im Dezember 2008 aufgedeckt, dass die Universität Karlsruhe Militärforschung betreibt und am Nachrichtentechnischen Institut an einem neuen Breitbandkommunikationssystem (*Software Defined Radio* oder *Cognitive Radio*) forscht, das für multinationale Interventionseinsätze gebraucht wird. Der zuständige Institutsleiter gab erst Monate später zu, für das Militär zu forschen. Die *taz* titelte am 27.05.2009: »Superuni auf Kriegspfaden«. Nachforschungen aufgrund einer Podiumsdiskussion in der Universität ergaben, dass dieses Institut auf jahrzehntelange weitgehend unbekanntes Verflechtungen mit Rüstungsforschungsinstituten zurückblicken kann, die inzwischen weiter vertieft worden sind. Das bedeutet, dass Wissen und Expertise von Studierenden und DoktorandInnen ohne deren Kenntnis von InstitutsleiterInnen für militärische Zwecke missbraucht worden sind. Im selben Jahr wurde am KIT das millionenschwere Forschungsprojekt unbemannte »kognitive Automobile« gestartet – mit zwei Projektleitern, die direkt in die Militärforschung eingebunden sind; in ein militarisiertes Fraunhofer-Institut in Karlsruhe und in die Universität der Bundeswehr München. Die Landesregierung erklärte in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage: »eine militärische Ausrichtung ist auch in diesem Teilprojekt nicht gegeben.«⁶ Das Gegenteil muss angesichts der Verflechtungen vermutet wer-

den.⁷ Entstehen in Karlsruhe und München zivil-militärisch-industrielle Forschungs-komplexe? Im Januar 2009 votierten dann die Studierenden der Universität Karlsruhe in einer bundesweit einmaligen Urabstimmung für eine einheitliche KIT-Zivilklausel. Dieses demokratische Votum wird bisher von Landesregierung und KIT-Leitung ignoriert. Im Zuge der Studierendenproteste im Dezember 2009 referiert der US-amerikanische Friedensforscher und Whistleblower Subrata Ghoshroy (Massachusetts Institute of Technology) im voll besetzten Streikhörsaal der Universität Karlsruhe über die Militarisierung der Forschung am MIT. Das MIT ist das offen propagierte KIT-Vorbild.

... und erste Erfolge

Beim Kampf um Zivilklauseln lassen sich auch erfreuliche Erfolge berichten: So beschloss der Senat der Universität Tübingen auf Initiative des Bildungstreiks im Dezember 2009 die folgende Zivilklausel als Ergänzung zur Grundordnung: »Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen«. Die öffentliche Auseinandersetzung darüber, dass das Seminar *Ethnologie und Militär* einer bei der Bundeswehr angestellten Ethnologie-Dozentin der neuen Zivilklausel widerspricht, hält an. Ein Auftritt des Kriegspropagandisten Wolfgang Ischinger, Organisator der NATO-»Sicherheitskonferenz«, konnte unter Berufung auf die Zivilklausel verhindert werden.

Diese einzelnen Beispiele aus den baden-württembergischen Hochschulen sind jedoch kein regional begrenztes Phänomen. So fand im Februar 2010 eine bundesweite Konferenz zum Thema »Rüstungsforschung und Zivilklausel« statt. Als erster Schritt wurde hier die Bildung von Arbeitskreisen zur Aufdeckung und Bewusstmachung von Kriegsforschung vorgeschlagen. Die Auseinandersetzung um Zivilklauseln erfährt dabei zunehmende Unterstützung. So fordert die LandesStudierendenVertretung Baden-Württemberg und die Bildungstreik-Koordination die Einführung und Unterstützung von Zivilklauseln für alle Hochschulen des Landes. Im April 2010 wurde vom U-ASTa der Universität Konstanz die Wiederentdeckung der bereits 1991 vom Großen Senat beschlossenen Zivilklausel in einer Friedens-Party gefeiert. Der vorbildliche Text: »Auch der Wissenschaft und Forschung kommt im Hinblick auf die angehäuften Waffenpotentiale in unserer Zeit eine immer größere Verantwortung zu. Der Große Senat der Universität Konstanz erklärt hierzu, dass Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen an der Universität Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird«. An den Universitäten Tü-

bingen, Stuttgart, Frankfurt a.M., Braunschweig, Köln sind entsprechende Arbeitskreise der Studierenden gegründet worden. An der Universität Köln und der TU Braunschweig sind Urabstimmungen nach dem Muster von Karlsruhe geplant.

Vernetzen und in die Öffentlichkeit tragen

Um die Auseinandersetzung um die Rüstungsforschung weiter voranzutreiben, fand im Juli 2010 ein erstes bundesweites Vernetzungstreffen beim ASTa der TU Braunschweig statt. Kurz davor war im Auftrag der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative *Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit* (NatWiss) eine bundesweite Umfrage zur Existenz und Praxis von Zivilklauseln veröffentlicht worden.⁸ Im zweiten Treffen beim ASTa der Universität Kassel im Oktober wurde das bundesweite *Bündnis Zivilklausel* gegründet. Um das Thema noch stärker in die Öffentlichkeit zu tragen, und um einen inhaltlichen Austausch zu ermöglichen, werden NatWiss, ver.di und GEW einen Kongress zur Thematik durchführen. Darüber hinaus wird das Thema auch international stärker besetzt. Bereits im Mai 2009 wurde im Rahmen der Non-Proliferation Treaty (NPT)-Konferenz in New York ein Internationaler Appell für eine einheitliche KIT-Zivilklausel beschlossen, der bisher weltweit von 140 Persönlichkeiten, darunter vom Bürgermeister von Hiroshima unterzeichnet worden ist. In jüngster Zeit sind zwei Dutzend Beschäftigte des Forschungszentrums ALBA (Synchrotronlichtquelle) bei Barcelona hinzugekommen. Der Internationale Appell wendet sich besonders dagegen, dass im KIT Kernforschung und Waffenforschung unter einem Dach angesiedelt sind. Ein eklatanter Verstoß gegen den Gründungskonsens, der unter dem Dach des ehemaligen Kernforschungszentrums keinerlei Militärforschung erlaubte. Gemäß Erklärung der Bundesregierung werde für eine Trennung von Großforschung (u. a. Kernforschung) und Uni-Forschung Sorge getragen. Wie denn, wenn eine völlige Verschmelzung ab 2011 geplant ist? Doch selbst gegen diese Erklärung wurde Ende 2009 mit der Gründung eines Kerntechnik-Instituts an der Universität verstoßen. Eine auch völkerrechtlich völlig unakzeptable Situation, die nur mittels einer Zivilklausel für die KIT-Grundsatzung geklärt werden kann, die bis zum Jahresende erstellt sein soll. Ein weiterer Internationaler Appell gegen Forschung und Lehre der Hochschulen für militärische Zwecke ist in Vorbereitung. Für die beschriebene Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit war in Karlsruhe bereits 2009 die *Initiative gegen Militärforschung an Universitäten* gebildet worden, in der Studierende, Beschäftigte, Gewerkschaften und Friedensgruppen zusammen arbeiten.⁹ Die gesamte Kampagne wird tatkräftig von

den Gewerkschaften ver.di und GEW unterstützt.

Die neue Studierendenbewegung hat auch teil am sich vertiefenden Protest gegen die Militarisierung der Schulen durch Kooperationsverträge mit der Bundeswehr. Für eine gute Zusammenarbeit mit Friedensbündnissen, Gewerkschaftsgruppen und der SchülerInnen-Streikbewegung vor Ort gibt es erste Beispiele. Die Zusammenarbeit mit Hochschulbeschäftigten ist ausbaufähig. Diese Entwicklung hängt eng mit dem Protest gegen die Ökonomisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen zusammen. Sicherlich spiegelt sich darin auch die in der Bevölkerung verbreitete Ablehnung von Kriegspolitik wider. Denn Deutschland ist mit der NATO wieder in zahlreiche Kriege verstrickt, inklusive der zivilen Opfer, von Hunger, Elend und Tod in vielen Teilen der Welt. Die Gesamtausgaben allein für den Irakkrieg liegen im zwölfstelligen Dollar-Bereich. Das Kriegstrommelfeuer in den deutschen Medien, das Kundus-Massaker, welches ohne juristische Konsequenzen blieb, die Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee usw. erwecken den Eindruck, als ob es den von deutschem Boden ausgegangenen faschistischen Vernichtungskrieg und die vor 65 Jahren daraus gezogene parteiübergreifende Schlussfolgerung *nie wieder* nie gegeben hätte.

Die Bewegung gegen die Militarisierung des Bildungsbereichs ist von großer gesellschaftlicher Tragweite. Deren Bedeutung wird im demokratischen Spektrum und selbst in der Friedensbewegung noch nicht durchgehend erkannt. Die Fortschritte sind jedoch ermutigend. Ansporn können die selbstbewussten friedlichen Proteste gegen »Stuttgart 21« und Castor-Transporte sein. Schließlich sei an die Aufbruchstimmung in den Universitäten vor vier Jahrzehnten und an die damals rasch anwachsenden Proteste gegen den Vietnamkrieg erinnert.

Anmerkungen

- 1) Hartmann, Detlef, 2008: »Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen«, <http://www.materialien.org/texte/hartmann/700-2-2.html>,
- 2) Vgl.: taz 27.10.2010: <http://www.taz.de/1/nord/artikel/1/faustische-wissenschaft/>; taz-Kommentar <http://www.taz.de/1/nord/artikel/1/endlich-weg-mit-den-skrupeln/>; Süddeutsche Zeitung 24.10.2010: »Drittmittel essen Seele auf« <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/513265>
- 3) Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, 2008: *Celler Appell*, Fundstelle: http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W27FBL5W774INFODE/Celler_Appell.pdf
- 4) Antwort Bundesregierung vom 14.10.2010 auf eine Kleine Bundestagsanfrage der Fraktion DIE LINKE. zur »Rolle der Hochschulen in der staatlich geförderten Rüstungs- und militärrelevanten Sicherheitsforschung«, Drs 17/3337, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/033/1703337.pdf>
- 5) Denninger, Erhard, 2009: *Zur Zulässigkeit einer so genannten »Zivilklausel« im Errichtungsgesetz für das geplante Karlsruher Institut für Technologie (KIT)*. Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, http://www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf
- 6) Antwort der Landesregierung von Baden-Württemberg auf eine Kleine Anfrage von GRÜNEN und SPD vom 08.01.10, Landtagsdrucksache 14/5663, http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5663_d.pdf
- 7) Schulze, Dietrich: »Hochschulen und Militärfor-schung – Friedenswerkstätten oder zivilmilitärische Forschungskomplexe«, in: *Wissenschaft & Frieden* 3-2009 <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1553>; »Neues vom Karlsruhe Institute of Technology (KIT) – Innenarchitektur des militärisch-industriellen Großforschungskomplexes Universität Karlsruhe«, in: *unsere zeit*, 08.01.10 <http://www.dkp-online.de/uz/4201/s0301.htm>
- 8) Bisbis, Natascha: »Zivilklausel für alle Hochschulen«, in: *Wissenschaft & Frieden*, 3-2010, <http://stattweb.de/files/civil/Doku20100609.pdf>
- 9) Siehe www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Dr.-Ing. Dietrich Schulze ist im Beirat der Naturwissenschaftlerinitiative »Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit« und in der »Initiative gegen Militärfor-schung an Universitäten«. Er war von 1966 - 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am und von 1984 - 2005 Betriebsratsvorsitzen-der des Forschungszentrums Karlsruhe.



Weitere Informationen unter:

www.gew-bw.de/Sonderseite_zu_KIT.html

Interessiert an Studienheft, Zivilklausel?

Ansprechpartner:

Matteo Foschi, GEW Nordbaden

matteo.foschi@gew-bw.de